

Landkreis Leipzig

Beschluss

2008/061-1 (I)

weitergereicht an: am:	Beschluss-Nr.: 2008/061-1 (I)
Gremium: Kreistag Sitzung: 2. Sitzung des Kreistages des Landkreises Leipzig	Aktenzeichen: Vorlage-Nr.: 2008/061-1/2 (I) Datum: 15.10.2008
aufgehoben/geändert am:	durch Beschl.-Nr.:

Beschlussgegenstand

Bereitstellung finanzieller Mittel für die Arbeit der Fraktionen im Kreistag des Landkreises Leipzig

Beschlusstext

Der Kreistag beschließt:

1.
Den Fraktionen im Kreistag des Landkreises Leipzig für die Arbeit der Fraktionen im Kreistag des Landkreises Leipzig für das Jahr 2008 im Zeitraum vom 01.09.2008 bis 31.12.2008 in Höhe von 46.200,00 EUR bereitzustellen.
2.
Den Fraktionen werden ab dem 01.01.2009 jährlich 138.600 EUR im Haushalt für Personal- und Sachkosten bereitgestellt.
3.
Alle bisherigen hierzu beschlossenen Regelungen der Landkreise Leipziger Land und Muldentalkreis zur finanziellen und materiellen Unterstützung von Fraktionen werden aufgehoben.
4.
Die Fraktionen haben die Verwendung der Haushaltsmittel nach beiliegender Richtlinie zu realisieren.
5.
Die Haushaltsansätze des Landkreises Leipzig für das Jahr 2008 reichen für die Umsetzung der Gesetzesänderung (§ 31a Abs. 3 Satz 1 SächsLKrO) nicht aus. Der Kreistag stimmt einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 40.000 EUR zu.

gez.

Dr. Gerhard Gey

Landrat - Siegel -

Haushaltsmäßige Veranschlagung

im Verwaltungshaushalt 2008	Seite	HHST 1.00000.66200.00/1.0000.6620.00
im Vermögenshaushalt 2008	Seite	HHST
Über-/Außerplanmäßige Ausgabe		()

- mit Anlage – Hinweise zu den Personalkosten und
- mit Anlage - Übersicht zur Verteilung der finanziellen Mittel, Stand 10.10.2008

Beschluss 2008/061-1 (I) vom 15.10.2008

1.) Rechtsgrundlagen

Am 11.Juni 2005 wurde die Landkreisordnung novelliert und mit dem § 31a die angemessene Mittelbereitstellung für Fraktionen als „Kann-Bestimmung“ aufgenommen.

Mit Artikel 3 Kreisgebietsneugliederungsgesetz wurde §31a der SächsLKO wie folgt neu gefasst und aus der „Kann-Bestimmung“ wurde eine „Muss-Bestimmung“:

§ 31a Fraktionen

(1) Kreisräte können sich zu Fraktionen zusammenschließen. Diese sind Organteile des Kreistages. Das Nähere über die Bildung, die Stärke der Fraktionen, ihre Rechte und Pflichten innerhalb des Kreistages regelt der Landkreis durch Geschäftsordnung.

(2) Die Fraktionen wirken bei der Willensbildung und Entscheidungsfindung des Kreistages mit; sie dürfen ihre Auffassungen öffentlich darstellen.

(3) Der Landkreis **gewährt** aus seinem Haushalt den Fraktionen angemessene Mittel jeweils **für Sach- und Personalkosten** zur Wahrnehmung ihrer fachlichen Aufgaben. Diese Mittel sind in einer besonderen Anlage zum Haushaltsplan darzustellen. Über ihre Verwendung ist ein Nachweis in einfacher Form zu führen.

(4) Für Bedienstete der Fraktionen gilt § 17 Abs. 2 entsprechend.

§ 17 Pflichten ehrenamtlich tätiger Bürger

(1) Wer eine ehrenamtliche Tätigkeit ausübt, muss die ihm übertragenen Aufgaben uneigennützig und verantwortungsbewusst erfüllen.

(2) Der ehrenamtlich tätige Bürger und der ehrenamtlich tätige nach § 14 Abs. 1 Satz 2 Wahlberechtigte ist zur Verschwiegenheit über alle Angelegenheiten verpflichtet, deren Geheimhaltung gesetzlich vorgeschrieben, besonders angeordnet oder ihrer Natur nach erforderlich ist. Er darf die Kenntnis von geheimzuhaltenden Angelegenheiten nicht unbefugt verwerten. Diese Verpflichtungen bestehen nach Beendigung der ehrenamtlichen Tätigkeit fort. Die Geheimhaltung kann nur aus Gründen des öffentlichen Wohls oder zum Schutz berechtigter Interessen einzelner angeordnet werden. Die Anordnung ist aufzuheben, sobald sie nicht mehr gerechtfertigt ist.

(3) Kreisräte dürfen Ansprüche und Interessen eines anderen gegen den Landkreis nicht geltend machen, soweit sie nicht als gesetzliche Vertreter handeln. Ob die Voraussetzungen dieses Verbots vorliegen, entscheidet im Zweifelsfall der Kreistag.

(4) Der Kreistag kann einem Bürger und einem ehrenamtlich tätigen nach § 14 Abs. 1 Satz 2 Wahlberechtigten, der ohne wichtigen Grund seine Pflichten nach Absatz 1 gröblich verletzt, einer Verpflichtung nach Absatz 2 zuwiderhandelt oder eine Vertretung entgegen Absatz 3 ausübt, ein Ordnungsgeld bis zu 500 Euro auferlegen.

Entsprechend der **Geschäftsordnung des Kreistages** können 6 oder mehr Kreisräte eine Fraktion bilden. Fraktionen sind Organteile des Kreistages und bestehen bis zum Ablauf einer Wahlperiode bzw. ihrer vorzeitigen Auflösung. Sie wirken bei der Willensbildung und Entscheidungsfindung des Kreistages und seiner Ausschüsse mit.

Der Kreistag ist das Hauptorgan des Landkreises. Die haushaltsrechtlichen Bestimmungen der Sächsischen Landkreisordnung gelten für die gesamte Landkreisverwaltung, also für den Kreistag als dem Hauptorgan und dem Landrat einschließlich der von ihm geleiteten Landkreisverwaltung gleichermaßen. Damit gilt das Haushaltsrecht (Haushaltsplan, Haushaltsdurchführung, Jahresrechnung und Haushaltsprüfung) auch uneingeschränkt für die Fraktionen. Fraktionsmittel sind keine Zuschüsse an Dritte außerhalb des Kreishaushaltes sondern Haushaltsmittel für eigene Zwecke. Die veranschlagten Mittel können als übertragbar erklärt werden, wenn die Übertragbarkeit eine wirtschaftliche Aufgabenerfüllung fördert, so dass sie bis zum Ende des Folgejahres verfügbar sind (§19 Abs.2 KommHVO). Von dieser Möglichkeit macht der Kreistag des Landkreises Leipzig Gebrauch.

- mit Anlage – Hinweise zu den Personalkosten und
- mit Anlage - Übersicht zur Verteilung der finanziellen Mittel, Stand 10.10.2008

Beschluss 2008/061-1 (I) vom 15.10.2008

Der „Mittelnachweis (im Haushaltsplan und der Jahresrechnung) in vereinfachter Form“ erfolgt, in dem die Fraktionsunterstützungsmittel als ein Betrag in der HH-Stelle 1.00000.6200 und in einer „besonderen Anlage“ pro Fraktion summarisch mit den Ausgabearten „Personalausgaben“, „Sachkosten ohne Öffentlichkeitsarbeit“ und „Sachkosten für Öffentlichkeitsarbeit“ dargestellt werden. Die Planungsansätze der Ausgabearten innerhalb einer Fraktion sind untereinander deckungsfähig.

2. Veranschlagung der Fraktionsunterstützungsmittel

Die veranschlagten Fraktionsunterstützungsmittel werden unter Berücksichtigung der Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit und unter Einhaltung geltendem Haushaltsrechts bewirtschaftet.

3. Budget der Fraktionen

Die Budgets der Fraktionen errechnen sich wie folgt:

Aus den Fraktionsunterstützungsmitteln werden 100 € pro Fraktionsmitglied entnommen und dem Budget der jeweiligen Fraktion entsprechend ihrer Fraktionsstärke zum Stichtag 1.1. eines Jahres zugeteilt. Der verbleibende Teil der Fraktionsunterstützungsmittel wird durch die Anzahl der Fraktionen geteilt und zu gleichen Beträgen den Fraktionsbudgets zugeteilt.

4. Verwendungsgrundsatz

Diese Mittel dienen ausschließlich für Aufgaben zur Erfüllung der unmittelbaren Landkreisaufgaben. Die Mittel sind für Sach- und Personalkosten verwendbar.

Für nachfolgende benannte Zwecke können die Mittel verwendet werden:

1. Fraktionsgeschäftsführung z.B. für Anmietung und Ausstattung einer Fraktionsgeschäftsstelle und deren laufender Geschäftsbedarf einschließlich Telekommunikations- und Postdienstleistungen. Wirtschaftsgüter von mehr als 410 € zzgl. MwSt. müssen inventarisiert und am Ende der Legislaturperiode bzw. bei Auflösung der Fraktion müssen diese aber auch alle anderen angeschafften geringfügigen Wirtschaftsgüter (z.B. Fachbücher) dem Landrat übergeben werden.
2. Fraktionspersonal: Fraktionen können eigenes Personal anstellen. Obwohl dieses Personal nicht Bedienstete des Landratsamtes sind, was auch im Arbeitsvertrag ausdrücklich klarzustellen ist, ist die Verpflichtung zur Einhaltung des §17 Abs.2 der SächsLKO zwingend im Arbeitsvertrag zu vereinbaren. Das Arbeitsvermögen des Fraktionspersonals dient ausschließlich der Fraktion und deren Aufgaben. Das Besserstellungsverbot für diese Mitarbeiter zu den Beschäftigten des TVöD ist zu beachten. Die Landkreisverwaltung ist bereit, die Personalkostenabrechnung für die Fraktionen kostenfrei als Dienstleistungen vorzunehmen.
3. Kosten der Fraktionssitzungen, insbesondere Raummiete.
4. Reisekosten und Spesen nach dem Sächsischen Reiskostengesetz in dem besonderen Fall, dass vor weit reichenden Kreistagsbeschlüssen dafür notwendige Informationen eingeholt werden bzw. eine Fraktionsklausurtagung erforderlich ist. Die Teilnahme an allgemeinen Veranstaltungen von Parteien oder anderen Organisationen kann nicht abgerechnet werden.
5. Kosten für Fortbildungsmaßnahmen, sofern die Bildungsinhalte für die Erfüllung der unmittelbaren Landkreisaufgaben bedeutsam sind.
6. Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenhang mit der Fraktionstätigkeit (§31a Abs.2 SächsLKO). Dabei ist aber die nicht ganz einfache Abgrenzung zur verbotenen Wahlwerbung einzuhalten.
7. Beratungskosten für den Fall, dass die Landkreisverwaltung diese Beratungsleistung nicht erbringen kann.

- mit Anlage – Hinweise zu den Personalkosten und
- mit Anlage - Übersicht zur Verteilung der finanziellen Mittel, Stand 10.10.2008

Beschluss 2008/061-1 (I) vom 15.10.2008

Inbesondere dürfen nachfolgend benannte Angelegenheiten nicht finanziert werden:

1. Offene oder verdeckte Parteienfinanzierung (BVerfG, Urt. Vom 16.9.66). Jede Zuwendung an eine Partei, die für andere als die unmittelbaren Landkreisaufgaben geleistet würden, stellen grundsätzlich eine verdeckte Parteieinfinanzierung dar. Das gilt auch für Wahlkampfkosten.
2. Deckung des individuellen Aufwandes der Kreisräte (Essen, Trinken außer Tagungsgetränk, Kultur- und Tourismuskosten, Geschenke auch Blumen und Präsente) und analog auch für Dritte. Die Bewirtung von Gästen, die für die Fraktionsarbeit eingeladen und notwendig sind, ist zulässig.
3. Entschädigungszahlungen an Fraktionsmitglieder (Verbot der Doppelentschädigung).
4. Sonstiges wie z.B. Spenden, Verfügungsmittel, Zuwendungen zu Repräsentationen außerhalb der unmittelbaren Landkreisaufgaben und für gesellige Veranstaltungen.

5.) Bewirtschaftungsregelungen

5.1 Grundsätze der Bewirtschaftung

Grundsätzlich ist die bewirtschaftende Stelle für die Fraktionsbudgets das „Büro Kreistag“. Die Fraktionsvorsitzenden der Fraktionen benennen dem Landrat den Bewirtschaftungsbevollmächtigten der Fraktion und dessen Vertreter (max. 3 Vertreter). Die Benannten erhalten durch den Landrat, vertreten durch die Leiterinnen der Finanzverwaltung und des Rechnungsprüfungsamtes eine aktenkundige Belehrung zum Haushaltsrecht und der praktischen Abwicklung der Geschäftsvorfälle.

Nur diese benannten Bewirtschaftungsbevollmächtigten sind berechtigt, Geschäftsvorfälle auszulösen und abzuwickeln. Sie führen zur Selbstkontrolle eine Haushaltsüberwachungsliste.

Abweichend von obigem Bewirtschaftungsgrundsatz kann der Bewirtschaftungsbevollmächtigte unter Beachtung des Haushaltrechts einschließlich Vergaberechts unter strikter Beachtung der Budgethöhe bis zu einem Betrag von 500 EUR

im Einzelfall bzw. pro Jahr Geschäftsvorfälle auch ohne Beteiligung des Büro Kreistages auslösen und Zahlungen anordnen. Bei einer vom Bewirtschaftungsbevollmächtigten zu verantwortenden Fraktionsbudgetüberschreitung von mehr als 5% ist der Landrat berechtigt anzuordnen, dass alle Geschäftsvorfälle vom Bewirtschaftungsbevollmächtigten beim Büro Kreistag zu beantragen und vom Büro Kreistag nach Prüfung der Unabweisbarkeit abgewickelt oder ansonsten zurück gewiesen werden. Die Angelegenheit ist nach Feststellung der Budgetüberschreitung in der nächsten, nichtöffentlichen Sitzung des Kreisausschusses auch ohne Ausweisung als Tagesordnungspunkt zu behandeln. Budgetüberschreitungen werden grundsätzlich auf das Folgejahr angerechnet.

Dauerschuldverhältnisse (z.B. Mietverträge, Arbeitsverträge, Verträge mit IT und IK Dienstleistern usw.) dürfen von den Fraktionen erst nach Prüfung durch das Büro Kreistag abgeschlossen werden. Falls innerhalb von 10 Arbeitstagen nach dem Antragstag vom Büro Kreistag per Mail und/oder per Brief kein Einspruch erfolgt, kann der Vertrag abgeschlossen werden. Grundsätzlich sind diese Verträge auf das Ende der Wahlperiode zu befristen. Falls bereits 75 % des Budgets durch Dauerschuldverhältnisse (z.B. Miete, Arbeitsvertrag) gebunden sind, sollte bei weiteren Dauerschuldverhältnissen als weiterer sachlicher Kündigungsgrund auch unzureichende Finanzierungsmöglichkeit benannt werden, da bekanntlich auf eine bestimmte Höhe von Fraktionsunterstützungsmittel unter Beachtung des Punktes 2.) kein Rechtsanspruch besteht.

- mit Anlage – Hinweise zu den Personalkosten und
- mit Anlage - Übersicht zur Verteilung der finanziellen Mittel, Stand 10.10.2008

Beschluss 2008/061-1 (I) vom 15.10.2008

5.2 Zahlungsvorgänge

Die Zahlungsanordnung ist mit der sachlich und rechnerisch richtig Zeichnung auf dem Originalbeleg (Rechnung) zur Zahlung über das Büro Kreistag an die Kreiskasse einzureichen. Die Zahlung erfolgt unbar durch die Kreiskasse. Falls von der Fraktion für einen solchen Geschäftsvorfall bereits die Zahlung geleistet wurde, so ist dies mit Unterschrift des Bewirtschaftungsbevollmächtigten gemeinsam mit dem Originalbeleg unter Angabe des Kontos, auf das dieser Betrag durch die Kreiskasse refinanziert werden soll, dem Büro Kreistag schriftlich mitzuteilen.

Borna, den 15.10.2008

Gez.

Dr. Gerhard Gey
Landrat

- Siegel -